

# i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 1/2023

3. März 2023



## Liebe Leserinnen und Leser,

der Parlamentsbetrieb hat im neuen Jahr bereits volle Fahrt aufgenommen. Die traditionelle Jahresauftaktklausur unserer Fraktion und die ersten Landtagssitzungen haben stattgefunden. Corona ist zum größten Teil aus unserem Alltag verschwunden. Hinterlassen hat die Pandemie allerdings viele Schäden: teilweise schwere gesundheitliche Einbußen bei manchen Menschen, wirtschaftliche Misere, insbesondere in Gastronomie und Einzelhandel, und vor allem große negative Auswirkungen auf unsere Bildungslandschaft. Gerade unsere Kinder und Jugendlichen hatten die größte Bürde zu tragen und haben, wie wir nun sehen müssen, auch am meisten darunter gelitten. Dabei sind die Wissenslücken, die durch die Schulschließungen entstanden sind, wohl noch am schnellsten aufzuholen. Viel schwieriger wird es werden, die sozialen und teils auch psychologischen Beeinträchtigungen zu korrigieren. Das ist eine Mammutaufgabe und es bedarf einer riesigen Kraftanstrengung, die coronabedingten Versäumnisse und Fehlentwicklungen aufzuarbeiten. Deswegen fordert meine Fraktion eine Bildungsmilliarde von der Landesregierung, um Kitas und Schulen dabei zu unterstützen. Die Mittel dazu wären da, allein es fehlt der politische Wille. Und wenn sich Kultusministerin Schopper in der Plenardebatte den Zwischenfragen unserer Abgeordneten verweigert, weil sie einfach keine Lust hat zu antworten, dann ist das meines Erachtens nicht nur eine Verhöhnung des Parlaments, sondern vor allem auch aller Kinder und Jugendlichen in unserem Land, denen eine bestmögliche Bildung nach den letzten drei schwierigen Jahren mehr als zusteht. Und auch wenn Grün-Schwarz unsere wiederholte Forderung lapidar als „Murmeltiertag“ abtut, werden wir nicht aufhören, bessere Bildungschancen zu fordern. Denn diese sind uner-

lässlich, wenn wir unser Land zukunftsfähig aufstellen wollen.

Im Gegensatz zu Corona, ist der unsägliche Krieg Russlands gegen die Ukraine nicht aus unserem Alltag verschwunden. Seit über einem Jahr wird dieses Land zerstört, sterben Menschen oder müssen aus ihrer Heimat fliehen. Doch seit einem Jahr hält die Ukraine stand und wehrt sich gegen den russischen Aggressor. Dabei unterstützen wir sie gemeinsam mit unseren westlichen Verbündeten mit Geld, Waffen, Panzern und militärischem Know-how. Und wir unterstützen die Ukraine, indem wir die Menschen, die zu uns geflohen sind, aufnehmen und angemessen versorgen. Unsere Kommunen haben hier Großes geleistet. Zahlreiche Ehrenamtliche investieren auch in meinem Wahlkreis viel Zeit und Herzblut, um den Ukrainern in ihrer Heimat und den hierher Geflüchteten zu helfen. Ihnen gilt mein großer Respekt und herzlicher Dank! Wir dürfen in unserer Solidarität nicht nachlassen, denn dieser Krieg und das Leid, das er nach sich zieht, dauern leider weiter an.

Unermessliches Leid ist auch den Menschen in den Erdbebengebieten in der Türkei und in Syrien widerfahren. Sie haben nicht nur Tausende Tote zu beklagen, sondern auch ihre Häuser und all ihr Hab und Gut verloren. Auch sie brauchen unsere Hilfe, jetzt und beim Wiederaufbau. Deswegen habe ich mit Gökay Sofuoğlu, dem Bundesvorsitzenden der Türkischen Gemeinde in Deutschland, einen engen Austausch vereinbart und ihn zu einer Sitzung der SPD-Landtagsfraktion eingeladen. Gerade aus Baden-Württemberg ist schon unglaublich viel private Hilfe in die Katastrophengebiete geflossen. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Unterstützung weitergeht, auch wenn diese Katastrophe nicht mehr tägliche Schlagzeilen macht.

In der vagen Hoffnung, dass mit den langsam steigenden Temperaturen auch endlich eine kleine Chance auf Frieden in der Ukraine wächst, wünsche ich Euch eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch

## Fraktions-Klausur in Mannheim



Foto: SPD-Landtagsfraktion

Mit der dreitägigen Klausur in Mannheim vom 10. bis 12. Januar sind wir offiziell ins neue Jahr gestartet. Im Zentrum stand, wie Baden-Württemberg auf die aktuellen Herausforderungen reagieren kann und muss.

Wir müssen auch beim Wandel hin zu einer klimaneutralen und zukunftsfesten Wirtschaft die Kurve kriegen, einen gewaltigen Investitionsstau überwinden und den Stillstand im Land beenden. Wer wandeln will, muss handeln! Wir müssen die erneuerbaren Energien deutlich stärker ausbauen und die entsprechenden Genehmigungsverfahren straffen. Wir fordern den Ausbau des E-Ladesäulennetzes, mehr Freiflächen-Photovoltaik, mehr Anlagen auf landeseigenen Gebäuden und Grundstücken, umfassendere Förderprogramme - auch für kleinere PV- und Windkraftanlagen und Geothermie - sowie ein Landeskompetenzzentrum für klimarelevante Handwerksberufe. In der Krise müssen wir investieren! Zur Unterstützung von Industrie und Wirtschaft muss das Land einen Transformationsfonds in Höhe von 100 Millionen Euro bereitstellen.

Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, brauchen wir eine breit angelegte Fachkräfteinitiative mit guten Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten und qualifizierte Zuwanderung. Besonderes Augenmerk muss auf die Umsetzung des seit Januar geltenden Chancen-Aufenthaltsgesetzes der Bundesregierung gelegt werden. Das Land muss dafür entsprechende Verwaltungsvorschriften erlassen und eine gezielte Info-Kampagne auf den Weg bringen. Dazu hat sich die Fraktion im Rahmen der Klausur auch mit **Bundesarbeitsminister Hubertus Heil** beraten.

Ein handlungsfähiger Staat braucht zwingend handlungsfähige Kommunen. Darum müssen die Strukturen überarbeitet und zukunftsfest gemacht werden. Dazu haben wir uns mit dem **Präsidenten des Städtetags, dem Mannheimer Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz**, ausgetauscht. Um den Kommunen für immer mehr Zukunftsaufgaben eine auskömmliche Finanzierung zu sichern, fordert die SPD eine Absenkung des Vorwegabzugs aus dem kommunalen

Finanzausgleich. Gleichzeitig muss der Bürokratieabbau konkret vorangetrieben werden.

Um die Wohnungsnot zu beenden, brauchen wir mehr bezahlbaren Wohnraum. Um Flächen zu schonen, müssen Innenentwicklung priorisiert und gefördert sowie Zweckentfremdung und Leerstand landesweit systematisch bekämpft werden. Serielles und klimaschonendes Bauen muss verstärkt in den Fokus. Mit **Bundesbauministerin Klara Geywitz** haben wir uns über diese Themen intensiv ausgetauscht. Das Land muss den sozialen Wohnungsbau massiv vorantreiben und mitgestalten, indem es selbst zum Bauherrn wird.

Die immer schlechteren Ergebnisse bei Bildungsstudien sind doppelt alarmierend, denn zu schwache Lernstände in der Grundschule bedeuten einen schlechten Start in die gesamte Bildungskarriere. Gerade die Grundschule muss deutlich gestärkt werden. Dafür brauchen wir mehr und besser bezahlte Grundschullehrkräfte, multiprofessionelle Teams, mehr Unterstützung für Schulleitungen und eine verpflichtende Zusammenarbeit von Kitas und Grundschulen. Unsere Forderungen umfassen mittelfristige Ziele und Sofortmaßnahmen. Dahinter steckt eine erhebliche Menge Geld, doch es muss endlich klar werden, dass uns die Bildung gerade in der Grundschule dieses Geld wert sein muss. Wir werden auf Basis dieser Positionen in den kommenden Monaten konkrete Hilfen und Unterstützungen ausarbeiten, die jetzt ohne jede Verzögerung nötig wären. Wir können nicht jahrelang auf weitere Schulversuche warten, wie es die Landesregierung vorhat.

Weitere Mannheim-spezifische Themen auf unserer Klausur waren der Ausbau der Rheintalbahn zwischen Mannheim und Karlsruhe und die Klinikfusion zwischen Mannheim und Heidelberg.



Die Fraktionspitze vor dem Mannheimer Wasserturm (v.l.): Stefan Fust-Blei, Dorothea Kliche-Behnke, Gabi Rolland, Nicolas Fink, Andreas Stoch, Daniel Born und Sascha Binder (Foto: SPD-Landtagsfraktion)

## **Wahlfreiheit G8 oder G9!**

**In der 56. Sitzung des Landtags am 1. Februar wurde der Antrag der SPD-Fraktion zur Einführung der Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 an den Gymnasium diskutiert. (Auszug aus meiner Rede)**

Die Länder sind im föderalen Bundesstaat für das wichtigste Zukunftsthema zuständig: Bildung. Da reicht es nicht, wenn unser Ministerpräsident sich regelmäßig für den Föderalismus in die Brust wirft, er muss seiner Verantwortung für unser Bildungssystem auch gerecht werden. Es reicht nicht, eine Zeitenwende für die Bildung auszurufen und gleichzeitig die Probleme an unseren Kitas und Schulen auszusetzen. Ob man das Abitur nun nach 12 oder 13 Jahren macht, ist sicher nicht die einzige bildungsrelevante Frage in diesem Land. Aber die immer drängenderen Forderungen der Eltern und zuletzt auch des Landesschülerbeirats können und dürfen nicht länger ignoriert werden. Sie haben ein Recht auf eine Antwort, die wir als Landtag heute geben können, wenn schon die Landesregierung nicht dazu in der Lage ist. Als G8 eingeführt wurde, war eine CDU/FDP-Regierung in der Verantwortung. Es ging damals nicht um die Frage, was pädagogisch sinnvoll und am besten für die Lern- und Persönlichkeitsentwicklung der Schülerinnen und Schüler ist, sondern allein um den Vorwurf, dass unsere Abiturienten zu alt seien. Es gibt Eltern und Schüler, die G8 wollen. Wir wollen da nichts anderes vorschreiben. Aber sehr viele wollen in der Oberstufe mehr Zeit haben, um sich außerschulisch zu engagieren und zu bilden. Oder weil sie ein Turbo-Abi ohne Nachhilfe, die sich nicht jeder leisten kann, nicht schaffen. Das ist auch eine Frage der Bildungsgerechtigkeit. Aber die Sturheit, mit der sich die Landesregierung gegen eine Wahlfreiheit sperrt, ist symptomatisch für alle Baustellen in unserem Bildungssystem. Niemand, der gegen die Wahlfreiheit wettet, hat jemals damit argumentiert, was gut für unsere Kinder ist. Da geht es um Geld, das angeblich nicht da ist, um Personalstellen und berechtigterweise auch darum, welche Auswirkungen das auf andere Schularten hätte. Aber wir sollten schauen, was das Richtige für junge Menschen ist! Nämlich, dass sie die Zeit haben, die sie brauchen, um sich umfassend zu bilden. Viele leiden unter dem Druck von G8, gerade aus schwächer aufgestellten Familien. Andere Länder haben den Schritt zurück zu G9 bereits erfolgreich gemacht. Wir müssen mehr in Bildung investieren und in einem Gesamtkonzept unser Bildungssystem für die Zukunft neu denken. Es ist Zeit, dass wir die Rufe an den Schulen hören. Es ist nicht ehrenrührig, einen Fehler zu korrigieren. Aber es wäre dumm, an einem Fehler festzuhalten.

## **SPD fordert Bildungsmilliarde**

**In der 58. Landtagssitzung am 1. März fordert die SPD-Fraktion im Rahmen einer Aktuellen Debatte eine Bildungsmilliarde für die Schulen und Kitas im Land. (Auszug aus meiner Rede)**

Die heutige Debatte möchte ich mit einem Zitat von John F. Kennedy beginnen: „Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung.“ Dieser Satz sollte Leitlinie für jeden und jede sein, der in der Politik Verantwortung trägt. Wir müssen sicher nicht mehr darüber reden, ob und wann unsere Bildungslandschaft mehr Unterstützung braucht. Unser Vorschlag ist: Jetzt! Denn die Alarmzeichen aus Kitas und Schulen sind unüberhörbar. Es geht nur noch um die Frage, wie wir dieses notwendige Geld investieren. Um die nötige Größenordnung der Hilfe klarzumachen, reden wir von einer Bildungsmilliarde. Dieser Landtag hat der Landesregierung 14,6 Milliarden Euro zur Bewältigung der Corona-Krise bewilligt – und ihrer Folgen. Davon hat die Landesregierung noch 5,3 Milliarden Euro übrig. Es sind auch noch genügend Aufgaben übrig. Grün-Schwarz kann sich nicht mit fadenscheinigen Argumenten herausreden, dass die von uns geforderten Investitionen in Bildung nichts mit Corona zu tun hätten. Beratungs- und Unterstützungsbedarf hat seit Corona massiv zugenommen. Außerdem ist in der Kasse der Jahresüberschuss aus 2022 von 6,6 Milliarden Euro. Es geht hier nicht ums Bezahlen-Können, es geht hier schlicht ums Bezahlen-Wollen! Das Argument, es gebe keine Lehrkräfte, trägt nicht, weil immer noch viele Lehrkräfte auf der Straße stehen. Und außerdem ist Schule heute mehr als ein Lehrerkollegium, zwei Sekretärinnen und ein Hausmeister. Wir brauchen 1.000 zusätzliche Lehrkräfte gegen den Unterrichtsausfall, eine Fachkräfteoffensive für die Kitas, flächendeckend multiprofessionelle Teams, Fachkräfte für Schulsozialarbeit und –Psychologie sowie IT-Fachleute, besser bezahlte Grundschullehrkräfte und mehr pädagogische Assistenzen. Während hier im Land die Bildungsmilliarde abgelehnt wird, stattdessen der Bund ein Startchancen-Programm mit einer Milliarde Euro aus für bessere und gerechtere Bildungschancen, wie es die ständige wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz fordert. Was tut die Landesregierung, um die begrenzten Ressourcen in unserem Bildungssystem gerechter zu verteilen? Was tut sie konkret gegen die Zustände, die die Kinder aus bildungsbenachteiligten Familien noch weiter benachteiligen? In Schulen von gestern gibt es keine Bildung für morgen. Wenn diese Landesregierung die massiven Probleme in der Bildung weiter nur aussitzen will, dann spielen wir mit unserer Zukunft!

## Aus dem Wahlkreis

### Besuch SBBZ Pistoriusschule



Die Entwicklung und Situation an der Herbrechtlinger Pistoriusschule liegt mir sehr am Herzen. Schließlich wurde in meiner Amtszeit als Kultusminister die Inklusion im baden-württembergischen Schulgesetz festgeschrieben und die Sonderschulen zu Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) weiterentwickelt. Im Austausch mit Schulleiter Wieland Fischer und Konrektorin Kerstin Corrinth erfuhr ich, dass die Pistoriusschule mit ihren Außenstellen personell wieder gut versorgt ist und eine volle Stundentafel vorweisen kann. Das freut mich sehr, denn gerade auch die Sonderschulen im Land leiden derzeit stark unter massivem Fachkräftemangel. Die Zusammenarbeit mit dem Schulamt und dem Landkreis als Schulträger lobte der Schulleiter. Die Digitalisierung habe nicht zuletzt wegen Corona einen großen Schub bekommen und man sei sehr gut ausgestattet. Weiterhin kritisch sei aber die räumliche Situation. Man platze aus allen Nähten. Als problematisch sieht die Schulleitung, dass es für schwer oder kaum beschulbare Kinder mit Behinderungen keine Unterstützung durch psychiatrische Einrichtungen gebe. Für „Systemsprenger“ fehle es an Ansprechpartnern oder einem entsprechenden Netzwerk sowie an Schulungen oder Supervisionen für Betreuungskräfte und Schulbegleitungen. Auch für KV-Kräfte brauche es Qualifizierungsmöglichkeiten und Perspektiven. Ein weiteres Manko sei die Verwaltungsstruktur der SBBZ. Notwendig sei, dass Schulleitung und pädagogische Fachkräfte stärker entlastet werden. Denn es sind vergeudete Ressourcen, wenn diese Verwaltungsarbeiten oder die IT übernehmen müssen, anstatt ihren Lehrauftrag zu erfüllen. Die SPD im Landtag fordert schon seit längerem multiprofessionelle Teams an Schulen. Allerdings stößt man hier immer wieder auf das Grundproblem der bisherigen Finanzierungsstruktur zwischen Land und Kommunen. Hier muss zugunsten unserer Schulen endlich politisch eine Lösung gefunden werden.

### Besuch bei „Heidenheim-fuer-Ukraine e.V.“

Gemeinsam mit Peter Müller vom Vorstand unseres SPD-Kreisverbands Heidenheim besuchte ich die Ukrainehilfe Heidenheim und machte mir ein Bild von der Arbeit des jungen Vereins, der sich aus der spontanen Hilfsbereitschaft vieler Heidenheimerinnen und Heidenheimer für die von Russland angegriffene Ukraine gebildet hat. Inzwischen arbeitet der Verein professionell mit einem großen und stetig wachsenden Netzwerk mit Kontakten zu Ukrainern hier vor Ort und in ihrer Heimat. Dieses Netzwerk Sorge dafür, erklärte mir die Erste Vorsitzende Jasmin Glänzel-Seibold, dass Spenden und Hilfsgüter über eine sichere und effiziente Lieferkette auch genau dort ankommen, wo sie dringend benötigt werden. Lobenswert ist das nach wie vor große Engagement der fast 200 Ehrenamtlichen, die den Geflüchteten auch helfen, sich hier im Alltag einzuleben und bei Behördengängen zurechtzufinden. Schon vor einem Jahr hatte ich darauf verwiesen, dass es hier nicht um Hilfe für wenige Tage oder Wochen gehe, sondern eher um Monate und Jahre. Das hat sich so auch bewahrheitet. Jeder und jede ist weiterhin gefragt. Mir ist vor allem eine gute Integration der Geflüchteten hier ein Herzensanliegen. Wir brauchen ausreichend und angemessene Unterkünfte und eine gute Versorgung. Die Städte und Gemeinden im Landkreis leisten Großes, stehen aber vor weiter wachsenden Herausforderungen. Hier brauchen die Kommunen auch vom Land stärkere Unterstützung.



### Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL  
Redaktion: Danjela Folberth  
Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim  
Tel.: 07321 / 4 00 80  
E-Mail: [wahlkreisbuero@andreas-stoch.de](mailto:wahlkreisbuero@andreas-stoch.de)  
Internet: [www.andreas-stoch.de](http://www.andreas-stoch.de)